

Deutschlands be-
in allen Teilen
gs ein sprun-
e Zahl der Ver-
de, ergibt eine
er 1930 bereits
einem Gesamt-
. Damit dürfte
utschlands, das
dschaft" einheit-
ete der Kinder-
che, die um so
weit hin in der
nach außen hin
Unternehmen-
merkwürdiger ist
ern, die in der
n einen breiten
agsfürsorge für
ogent der oben
r, während im
agenderholungs-
de oder Land-
e für diese um-

en.

hen durch die
el.

rück! Die Heil-
2. Auflage (44.
dolf Just. Karto-
R. 6.50. Verlag
S. Blankenburg

as vorliegende
ndere Gründe
auch keiner
ächerliche be-
ein Mann,
Welt geht
s anderes tat,
seiner Auf-
hm nicht nur
che zu stärken,
einfachen Weg
uf diese Fragen
elangt zu An-
hen und deren
Denn seit fast
em Erfolge be-

2. Auflage vor-
t in der volls-
ung natürlicher
s Medizineren
en, wo hierzu

Brandmeister.

hel.

den Morija.

Weltpolitik: Dr.
thel. Zuschriften
28. Für Geb-
uwärts", Christ-
2011/3916, Amt
Bethel.

ig!

eine Verlags-
gewissenhaften
rer.

ich gründliche
cher ist. Be-
ellung. Nach-
st nur allge-
Werbeganges
7157 an die
erren, welche
sich melden.

Private
er Pld.
M 2.55
M 2.90
M 3.10
M 3.40
M 3.80
ortofrel.
knaime
822.

Aufwärts

Bezugspreis:

Ersteinst wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 248.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 22. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Wem zu Hause nicht wohl ist, dem wird auch selbst
das Vaterland zu enge. Er verläßt sich in der Welt als
Zerwisch.

Rote Leibeigenschaft.

Während die deutsche kommunistische Presse den
Befehl der KPD noch immer überschwänglich feiert
und so tut, als trennten uns nur noch Tage von der Ver-
kündung eines Sowjetdeutschland, kommen aus Mos-
kau Nachrichten, die immer offensichtlicher werden lassen,
daß die ganze Entwicklung in dem Mutterstaat des Bol-
schewismus einer gewaltigen Erschütterung zutreibt.
Es ist kein Zweifel mehr daran, und die Maßnahmen,
die der Krenl neuerlich anzuwenden gezwungen ist, be-
weisen, daß man sich auch dort der ganzen Größe der
Gefahr bewußt zu werden beginnt. — Das letzte große
Ereignis, von dem das Schicksal Stalins abhing, war der
16. Parteikongreß. Man wußte, daß damals zwei Wo-
chen lang die Augen der ganzen Welt auf Sowjetruß-
land gerichtet waren. Deshalb wurde von Stalin die
alte russische Parole „Es ist alles wohlbestellt“, dieselbe,
die auch die Ursache für den Untergang des Zarenreiches
war, uneingeschränkt aufrecht erhalten. Nun sind die
Quationen des Parteikongresses aber verklungen — die
Wirklichkeit tritt in ihre Rechte. Und diese spricht eine
andere Sprache.

Im Mittelpunkt der offiziellen Sorgen steht trotz der
angeblich so glänzenden Ergebnisse der Frühjahrsaus-
sicht noch immer die Bekämpfung der drohenden Hun-
gersnot. Es hat sich erwiesen, daß die Ernte zwar min-
destens eine gute Mittelernte ist, der Bauer aber das
Getreide nicht dem Staat verkaufen will. An diesem Pro-
blem: wie der Bauer zu der Ablieferung des Brotes ge-
zwungen werden kann, experimentiert man nun schon
seit Wochen herum, ohne das die Resultate den Sowjet-
leuten bisher wirksame Erfolge gebracht hätten. Indes
man mit täglichen Verschlüssen und Verordnungen das
Dorf überschwemmt, indes die Atmosphäre immer ge-
spannter und die Maßnahmen immer planloser und über-
stürzt werden, hat das Problem der Brotversorgung
begonnen, sich den Machthabern in Moskau von einer
ganz neuen Seite zu zeigen. War es bisher nur das Dorf,
gegen das das offizielle Regime eindeutig Front ge-
macht hat, so sind es jetzt die Arbeiter, die sichere Stütze
des Bolschewismus, die nicht mehr mitmachen wollen.
Ja, will man nach zuverlässigen Informationen gehen,
so hat die Gärung auch in der Roten Armee, der Armee
der Bauernföhne, wieder beträchtlichen Umfang ange-
nommen, und selbst innerhalb der berückichtigten GPU soll
es zu Kravallen, Gehorsamsverweigerungen und zur Bil-
dung von Stalin feindlich gesinnten „Rechts“-Zellen ge-
kommen sein, in denen die Fortsetzung des bisherigen
scharfen Bauernkurses als ein Unglück für den ganzen
Staat abgelehnt wird. Es heißt, daß Stalin durch seine
treuesten Anhänger mit harter Faust dazwischenfahren
mühte, um eine weitere Ausbreitung dieser Reaktionen
zu verhindern. Allerdings wird man diese Gerüchte mit
einer gewissen Vorsicht aufnehmen haben. Das Halb-
dunkel des russischen Geschehens läßt zwar stets die Mög-
lichkeit gewaltiger Entladungen innerhalb der Stalin-
Truppe offen, ja, begünstigt diese Möglichkeit geradezu;
doch können derartige Explosionen Stalin solange kaum
gefährlich werden, als er ihren Urheber hinter den ver-
schlossenen Türen der Parteizellen und in den Kellern
der Staatsgefängnisse den Garaus machen kann.

Tatsache aber ist — und über diese Tatsache berichtet
die Presse seit Wochen —, daß die Geduld der Ar-
beiter ihren Gipfelpunkt überschritten hat. Im Donez-
becken, das seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung nach
für Rußland etwa die Rolle des Ruhrgebietes für
Deutschland spielt, ist es zu Hungerrevolten gekommen,
die in der Folgezeit ungeahnte Ausmaße annehmen und
zu einer Bewegung geführt haben, der die Regierung
vorläufig machtlos gegenübersteht. Nachdem keine Be-
ruhigungsversuche mehr fruchteten, verfuhr man es zu-
erst mit den bewährten Erschießungen. Der „junge Mann
Stalins“ Kaganowitsch wurde beauftragt, der Bewegung,
kostete es, was es wolle, Herr zu werden. Der Terror,
den er darauf einleitete, hat aber eine umgekehrte Wir-
kung gehabt. Bei der Nachricht von den ersten Erschie-
ßungen setzte sich ein Arbeiterstrom in Bewegung und
überflutete die Dörfer der Umgebung. Es gab eine regel-
rechte Abwanderung der besten Arbeitskräfte aus dem
Bezirk. Nicht weniger als 50 000 bis 60 000 Arbeiter
nahmen an dieser neuen Völkerverwanderung teil. In
kurzer Zeit stellte sich ein so katastrophaler Arbeiter-
mangel ein, daß die übrigen Zweige der Industrie in

schwerste Mitleidschaft gezogen wurden. Brot ver-
langten die Leute, mehr Brot, besseres Brot, und vor
allem eine Garantie, daß im Winter der Hunger von ih-
nen abgewendet werde. Konnte die Regierung diese Ga-
rantie geben? Da sie mit stärkstem Terror antwortete,
zogen die Arbeiter die Folgerung aus dieser Lage und
wanderten ins Dorf ab. Jetzt strömt eine behördlich nicht
mehr zu übersehende und nicht zu erfassende Lawine
von Arbeiter-Nomaden durch das russische Land, arbeit-
suchend, bettelnd, stehend. Denn mit den 60 000 hatte
es nicht sein Bewenden. Die Nachrichten über die Selbst-
hilfe der Donezarbeiter verbreiteten sich mit Windeseile.
Auch aus anderen Gebieten folgten die Arbeiter dem
Beispiel, und — über Nacht kannte Rußland keine Ar-
beitslosigkeit mehr. Die Börsen der Arbeitslosen, die
noch vor wenigen Wochen über 400 000 registrierte Ar-
beitsuchende angaben, sind heute selbst beschäftigungs-
los geworden. Wenn die Regierung jetzt mit Stolz auf
diesen „Sieg über die Arbeitslosigkeit“ hinweist, so weiß
man, wie er zustande gekommen ist. Und man wird sich
in Moskau seiner nicht erfreuen können. — Wieviel
Industriearbeiter müssen sich jetzt auf der Wanderung be-
finden, wenn nicht nur in kurzer Zeit die Arbeiterbörsen
vollkommen entleert wurden, sondern auch noch täglich
Zehntausende von Jungkommunisten und Bauern in die
am meisten bedrohten Gebiete entsandt werden? Und
wo finden die Hunderttausende von Arbeitern Brot und
Obdach, die der Hölle der staatlichen Sowjetarbeit ent-
ronnen sind und sich ins Innere des Landes ergossen ha-
ben? — Es scheint, daß diese Frage dem Krenl keine
Sorge macht. Dagegen hat er es verstanden, sich gegen
eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse zu schützen.

Man weiß auch in Westeuropa, daß Alexander II. erst
im Jahre 1861 die Leibeigenschaft der russischen Bauern
abgeschafft. Dafür ist ihm von der Geschichte der Bei-
name „Befreier“ gegeben worden. Nun, wahrscheinlich
wird Stalin den Namen „Verklaver“ erhalten. Denn
ihm ist es vorbehalten geblieben, die Leibeigenschaft wie-
der in vollem Umfange einzuführen. Es hat sich nämlich
ergeigt, daß die durch die materielle Not bedingte „Ver-
flüssigung“ der Arbeitskräfte nahezu zu dem entschei-
denden Problem des Fünfjahresplanes zu werden droht.
Und so werden in Moskau nur noch solche Arbeitsver-
träge von den Behörden gutgeheißen, in denen ein Pa-
sus die „Befestigung des Arbeiters mindestens bis zum
Ablauf des Fünfjahresplans enthalten ist. Da man sich
im Krenl aber bereits jetzt eifrig mit der Frage beschäf-
tigt, was nach dem Ablauf dieses Plans werden soll und
die Ausarbeitung eines neuen, eines Zehnjahresplans,
ins Auge gefaßt hat, ist es klar, daß damit praktisch das
Leibeigenschaftsproblem des Arbeiters erreicht ist. In russischen
Blättern kann man täglich lesen, daß Einzelpersonen
und ganze Betriebe sich „freiwillig für leibeigen erklä-
ren. Damit dürfte der Bolschewismus, der sich auch bis-
her so manches der menschlichen Natur und dem mensch-
lichen Instinkt zuwiderlaufendes geleistet hat, den
Höhepunkt erreicht haben. Im 20. Jahrhundert, dem
Jahrhundert der Kultur und der Zivilisation, wird in
einem der größten Staaten der Welt die Leibeigenschaft
von einer Regierung wieder eingeführt. Wie stellt sich
Europa dazu? Und was sagt der deutsche Arbeiter zu die-
sem „Paradies“, der bei der Wahl seine Stimme den
Kommunisten gegeben hat? Es ist aber klar, daß nur
größte Not und schwerste Gefahr die Moskauer Regie-
rung zu einer solchen Maßnahme veranlassen konnte, die
allen Begriffen menschlicher Humanität und persönlicher
Freiheit in dem proletarischen, angeblich freiesten aller
Staaten ins Gesicht schlägt. Tatsächlich nimmt im ganzen
Land die Hungersnot so bedrohlich zu, daß heute für
Geld nichts mehr zu kaufen ist. Die enorme Preissteige-
rung für alle Bedarfsartikel des täglichen Lebens,
die ständig sinkende Kaufkraft des Rubels, die zu-
nehmende Hart- und Silbergeldhysterie, die durch keine
Lebensstrafen zu unterbinden ist, — das alles hat dazu
geführt, daß der Papiergeldumlauf heute um 1 Milliarde
Rubel gestiegen ist. Das Vertrauen zur Sowjetwährung
im Lande selbst ist verloren. Eine Steigerung der Produk-
tion und eine Verbesserung der Qualität der „Made in
Russia“-Waren ist nicht erreicht worden. Die Senkung
der Produktionskosten konnte nur auf Kosten einer
Lohnherabsetzung durchgeführt werden, und zwar gegen-
über einem Soll von 11, bzw. 7 v. H. in den letzten zwei
Jahren in dem bescheidenen Umfange von 4 und 3 v. H.
Die Erfassung des Erntegereides stellt sich für Juli auf
56, für August auf 60 und für die erste Dekade des
September auf nicht ganz 20 v. H. Demgegenüber
hat die Herbstsaat bisher ganz bescheidene, um nicht zu
sagen völlig ungenügende Ergebnisse gezeigt, und die
täglichen Appelle aller möglichen Instanzen an das „pro-
letarische“ Bewußtsein der Bauern sprechen deutlich

als alle Ziffern dafür, daß der Bauer, wo er geerntet
hat, in den Streik getreten ist. Die berühmte Anleihe,
die die Durchführung des Fünfjahresplans in vier Jah-
ren garantieren sollte, ist von ihm bis Augustende nur
im Umfange von — 2 v. H. des ohnehin nicht hoch ein-
geschätzten Satzes gezeichnet worden. Damit steigt die
Finanznot des Staates aber auch weiter. Der Brot-
alarm, der heute schon in der Sowjetpresse keine ver-
pönte „Erfindung der antisowjetischen Staaten“ mehr
ist, wird verschärft durch die finanzpolitische Bedrohung
des gesamten Planes. — Nach wie vor steht der Bauer
auf dem Standpunkt, daß er sein gutes Getreide nur
gegen ebenso gute Waren verkaufen will — woher will
die Regierung aber diese nehmen?

Die Perspektiven sind demnach nichts weniger als
rosig. Und man hat den Eindruck, daß der Fünfjahrs-
plan in die letzte, die entscheidende Etappe eingetreten
ist. Der Angelpunkt des ganzen Systems ist nach wie vor
der Bauer. Er, der seiner Freiheit beraubt, der enteignet
und in die entpersönlichten Kollektivwirtschaften gesteckt
wurde, der auch heute noch nur unter Zwang zur Ar-
beit für die Kommunisten getrieben wird, hat sich —
vielleicht für die größere Masse unbewußt — schon
lange vor dem Industriearbeiter unter das Joch der
Leibeigenschaft begeben. Mit der Verkündung jener
Epoche der gewaltigen Kollektivierung war die Bau-
ernfreiheit vorbei. Seitdem arbeitet der russische Acker-
bürger nur noch unter der Krute der unzähligen „Stoß-
brigaden“, der GPU, der Kommandos der Jungkom-
munisten usw. für ein ihm fremdes, dem Lande aus-
oktroiiertes Wirtschaftssystem. Die Kollektivwirtschaft
ist aber zu seiner Organisation geworden. Und darin
kann sich die russische Bauernschaft vielleicht einmal sam-
meln, wenn sie noch die Kraft haben wird, sich gegen ihre
Leibeigenschaft zu wehren, — wenn das System an sei-
ner inneren Aushöhlung nicht schon zuvor zugrunde ge-
gangen sein wird.

Diesseits und jenseits der polnischen Grenze.

Deutschland schaut auf Berlin und Paris, Polen auf
seine Grenzen. Das zeigt gerade in diesen Herbsttagen
ein Besuch der Grenzregionen im Osten. So sehr auch Bil-
sudski durch seine Schroffheit die Opposition gegen sich
und die gegenwärtige Warschauer Staatsleitung auf-
bringt, so wegt doch der ganze innere polnische Kampf
unter der stillschweigenden oder auch ausgesprochenen
Voraussetzung, daß an erster Stelle die Grenzen ver-
teidigt und ausgebaut werden sollen. Diesen polnischen
Willen zur Grenze spürt man im Osten auf Schritt und
Tritt. Die Treviranrede brachte im Handumdrehen
einen „Probemarsch“ von 10 000 „Zivilisten“ in die erst
1922 an Polen ausgelieferten Weichfeldhöfe bei Ma-
riemwerder. Gegen eben diese reichsdeutsche Stadt rich-
ten sich die jüngsten polnischen Manöver. Sonntag für
Sonntag fanden und finden an der Grenze Umzüge und
Rundgebungen gegen Deutschland und die Deutschen
statt, so z. B. bei Zoppot und Ebingen, bei Schneidemühl
und Beuthen. Im Grenzabschnitt von Zilehne unternah-
men Anfang Oktober Tausende von Freiwilligen eine
rein militärische Übung mit Front gegen das Deutsche
Reich. Im Wojewodschaftsgebäude in Ratowitz wurde
ein Plakat ausgehängt, auf dem Polen mit gefälltem
Bajonett gegen die deutsche Grenze vorgehen usw.

Mit rauher Hand und unbekümmert um Recht und
Gerechtigkeit schafft Polen Tatsachen. Hier wird ein
Lehrer abgesetzt, dort wieder eine deutsche Schule wider-
rechtlich geschlossen, an anderer Stelle eine evangelische
Einrichtung weggenommen oder deutschen Katholiken der
Gebrauch der Muttersprache unterjagt. Als ob es nie-
mals einen Vertrag mit dem Deutschen Reich, einen zwi-
schenstaatlichen Minderheitenschutzvertrag, einen Völker-
bund gegeben hätte, wird im Weichselkorridor und in
anderen Grenzgebieten frisch-fröhlich weiter enteignet.
In offenkundiger Verhöhnung aller deutschen Verwah-
rungen spioniert ein polnisches Flugzeug nach dem ande-
ren die für die deutsche Bevölkerung lebenswichtigen
Anlagen aus: Grenzbahnhöfe, Wasserleitungen, Gasan-
stalten, Straßenkreuzungen — alles hält über reichs-
deutschem Gebiet die Kamera der polnischen Flugzeuge
fest. Deutschland ist nicht mehr Herr im eigenen Hause.
Die deutschen Theater im Osten kämpfen verzweifelt
darum, sich notdürftig über Wasser zu halten. Von polni-
scher Seite hat man reichlich Geld, um polnische Trutz-
theatervorstellungen in deutschen Städten zu erzwingen.
Tausende von Reichstagswählern polnischer Zunge
kommen trotz der gegenwärtigen Wirtschaftsnöte die Reize
von Westfalen nach Oberschlesien und unternehmen dort

leien von ih

Der Youngplan wankt.

Amerika für Zahlungsausschub?

Moratoriumsgerüchte. — England stellt den Franzosen Bismarck als Vorbild hin.

London, 21. Oktober. Die „Times“, eine der maßgebendsten Zeitungen Englands, veröffentlicht — wenn auch unter Vorbehalt und Hinweis darauf, daß eine Bekätigung nicht zu erlangen sei — eine Meldung aus Washington, nach der dort umlaufenden Gerüchten zufolge, nach gewissen Kreisen, „vor allem von Schatzsekretär Mellon, dem Leiter der New Yorker Federal Reserve Bank Harrison und den ersten Beamten des amerikanischen Finanzministeriums Ogden Mills“ der Plan eines Zahlungsausschubs für die alliierten Kriegsschulden erörtert werde.

Diesem Plan, der auch für die deutschen Tribute von Rückwirkung sein dürfte, komme natürlich, so berichtet die Zeitung abschließend weiter, nur eine bedingte und theoretische Bedeutung zu, auch dürfte es sich mehr um die Frage handeln, ob ein solcher Entwurf später einmal den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden könne. Aber die, zumindest doch theoretische Bereitschaft der Regierung der Vereinigten Staaten, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, dürfte doch alle diejenigen ermutigen, die von der Notwendigkeit einer baldigen und entschlossenen Aktion der Vereinigten Staaten überzeugt seien.

Zum Schluß geht der Washingtoner Korrespondent der „Times“ noch auf die Schachts-Vorschläge und den Empfang Schachts durch die führenden Männer der amerikanischen Regierung ein. Nach diesem Empfang soll Dr. Schacht Pressevertretern gegenüber erklärt haben, er sei überzeugt davon, daß Deutschland über kurz oder lang für die ungeklärten Tribute um Zahlungsausschub nachsuchen müsse.

Dieser Besuch Schachts in Washington, so schreibt die „Times“ dazu, sei aber nicht erst notwendig gewesen, um die finanziellen Machthaber der Vereinig-

ten Staaten davon zu überzeugen, daß die Ereignisse einer Krise zureichen, und zwar einer Krise, die größere Hilfsmittel erfordere als nur das Notmittel eines Moratoriums. Die führenden Bankiers machten aus ihrer Befürchtung keinen Hehl, daß der Geldabfluß aus Europa eine allzu große Belastung für das internationale System der Goldwährung bedeute.

Einen interessanten Artikel veröffentlicht ferner R. S. Macassay, in „Sunday Times“. Macassay empfiehlt darin den ausländischen Staatsmännern, vor allem den Franzosen, dem Beispiel Bismarcks zu folgen, der alle Anstrengungen unternommen habe, um den Franzosen nach 1870 die Selbstachtung wiederzugeben. Denn nichts sei für den allgemeinen Frieden gefährlicher als eine Nation, die unter einem Minderwertigkeitskomplex leide.

Revisionsforderungen berechtigt.

Zusammenfassend betont der Verfasser alsdann, es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß irgendein Schritt in Richtung auf die Revision des Friedensvertrages das Zeichen für den Ausbruch eines europäischen Krieges sei. Verträge seien niemals vollkommen und dauernd. Es sei Sache Europas, zu erwägen, ob gewisse deutsche Revisionsforderungen nicht verständig und erfüllt werden müßten; und einige der spigsten Ecken des Versailler Vertrags könnten schon jetzt vollkommen beseitigt werden.

Unterredung Schachts

mit Hoover und Mellon.

New York, 20. Oktober. Am Montag hatte der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Washington die angekündigte Unterredung mit Hoover und Mellon. Nach der Besprechung lehnte Dr. Schacht jede Aussprache mit Pressevertretern ab.

Genf vor dem Ausschub.

Erste Sitzung des Ausschusses in neuer Besetzung. Die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen.

Berlin, 21. Oktober. Unter dem Vorsitz des thüringischen Staatsministers Dr. Frick, der zugleich den Vorsitz der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion führt, trat der Auswärtige Ausschub des Reichstages zu seiner ersten Sitzung in neuer Besetzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Erörterung der Genfer Verhandlungen und die Besprechung der Entwürfe zum Youngplan.

Von den 28 Mitgliedern des Ausschusses gehören 14 zu den ausgesprochenen Gegnern der Regierung Brüning. Da Stimmengleichheit bei Abstimmungen als Ablehnung gilt, ist diese Zusammenfassung der Regierung Brüning nicht günstig. Das gleiche gilt übrigens von dem Haushaltsausschub, von dessen 35 Mitgliedern nur acht den Regierungsparteien angehören.

Im Ausschub zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, dem sogenannten Ueberwachungsausschub, haben nach der Schlüsselung die Nationalsozialisten den Vorsitz. Präsentiert wird von ihnen Abgeordneter Straßer. Für die nächste Zeit ist auch mit der Einberufung dieses Ausschusses zu rechnen.

Verwaltungsgefeß Berlin.

Erste Lesung im Landtag. — Weiterberatung der Vorlage im Gemeindevorstand.

Berlin, den 20. Oktober 1930. Der Preussische Landtag befaßte sich in erster Lesung mit dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgefeßes für Berlin und überwies die Vorlage nach längerer Aussprache zur Weiterberatung an den Gemeindevorstand. Zunächst soll der Magistrat der Reichshauptstadt aber ein Gutachten erstatten. Zweck der Vorlage ist die Ersetzung der Magistratsverfassung durch die Bürgermeistereiorganisation. An die Stelle des Stadtparlaments mit seinen 225 Mitgliedern soll unter dem Vorsitz des Bürgermeisters eine Stadtvertretung mit 150 Mitgliedern treten.

Innenminister Dr. Kaentgen

Leitete die Beratung mit einer längeren Rede ein. Er wies einleitend darauf hin, daß der neue Entwurf den Gedanken der Selbstverwaltung wahre und nichts, wie vielfach behauptet wurde, von Prästatur oder Diktatur bringe. Der Entwurf wolle verhindern, daß sich in Zukunft wiederhole, was in der jüngsten Vergangenheit eingetreten sei, daß nämlich eine Störung des geordneten Ganges der Verwaltung oder ein Verfehlen der verantwortlichen Selbstverwaltungsstellen dazu führe, daß der Staat in einer Weise eingreifen muß, die ihm eine Art Minderwaltung zuzumute.

Die Staatsregierung sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Bürgermeistereiorganisation alles in allem den Vorschlag vor der Magistratsverfassung verdiene. Das im Referentenentwurf bereits vorgesehene allgemeine Selbstverwaltungsgefeß werde daher grundsätzlich die obligatorische Einführung der Bürgermeistereiorganisation vorschlagen.

In der Aussprache warfen Sozialdemokraten und Demokraten die Frage auf, ob es nicht besser sei, zunächst das für ganz Preußen angeknüpfte neue Selbstverwaltungsgefeß abzuwarten. Für die Deutschenationalen lehnte Abg. Steinhoff den Entwurf unter Berufung auf eine größeren Dezentralisation ab. Ebenso lehnten Wirtschaftspartei und Kommunisten das Berliner Verwaltungsgefeß ab, während von völksparteilicher Seite Bedenken geltend gemacht wurden.

Am Dienstag hat der Landtag über die Kürzung der Ämtern und die Frage der Selbstauflösung zu entscheiden.

Der französische Justizminister hat auf Anraten des Finanzministers die Staatsanwaltschaft mit der Eröffnung einer Untersuchung der kürzlich an der Pariser Börse unternommenen Spekulationsmandate beauftragt.

6 Wochen ohne Reichstag.

— Berlin, 21. Oktober.

Mit der Vertagung des Reichstages auf den 3. Dezember hat das Kabinett Brüning eine Atempause von mehr als sechs Wochen Dauer erlangt, in der es ohne einen vorzeitigen Kurzschnitt befürchten zu müssen, an die Durchführung eines Programms herangehen kann. Vertieft wird die Atempause dadurch, daß die Reichsregierung nach der Verabschiedung des Schuldenstilgungsgesetzes nunmehr auch den Ueberbrückungskredit in Höhe von rund 500 Millionen Mark flüssig machen kann.

Blidt man noch einmal auf den ersten Tagungsabschnitt des neuen Reichstages zurück, dann findet man durch den Verlauf dieser ersten Sitzungen bestätigt, was vorauszu sehen nicht schwer war: die Existenz starker Gegensätze! Andererseits gab es im Reichstag aber nicht nur turbulente Szenen, sondern auch dieser Reichstag mit seinen starken Flügelparteien hat es vermocht, wenigstens einmal Einstimmigkeit zu erzielen. Das war der Fall bei der Beratung eines Gesetzes über die beschleunigte Auszahlung der Entschädigungen auf Grund des Polenliquidationsabkommens. Wird diese Einstimmigkeit später einmal auch bei Schicksalsfragen unseres Volkes erreicht werden können?

Die politische Lage hat in der ersten Tagungswoche des Reichstages eine endgültige Klärung nicht erfahren. Der Reichstag ist zwar mit 82 Stimmen Mehrheit über die dreizehn Mißtrauensanträge zur Tagesordnung übergegangen, doch läßt das zunächst noch keine Rückschlüsse auf die Mehrheitsbildung bei der Entscheidung über die Regierungsmassnahmen selbst zu.

Entscheidend für den weiteren Verlauf der Dinge sind jetzt folgende Momente: das Ergebnis der Ausschubverhandlungen über die Abänderung der Steuererwerbsverordnungen, die Gestaltung des Reichshaushaltsplans für 1931, die Einzelheiten der 30 Durchführungsgesetze zum Notprogramm der Regierung und schließlich der Ausgang des Lohnkampfes in der Berliner Metallindustrie. Die erste Entscheidung fällt in dem Berliner Konflikt. Die Verbindlichkeitsklärung des alten Schiedsspruchs, der Lohnkürzungen im Ausmaße von sechs bis acht Prozent vorsah, ist von einer aus Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten bestehenden Reichstagsmehrheit abgelehnt worden. Man muß daher nochmals an den Verhandlungstisch treten, eventuell zu einem neuen Schiedsspruch greifen.

Der Verlauf der ersten Reichstagsitzungen ist natürlich auch vom Auslande aufmerksam verfolgt worden. Es ist daher auch an ausländischen Kommentaren zur Vertagung des Reichstages kein Mangel, nur enthalten diese Darlegungen im allgemeinen nichts, was man nicht auch in deutschen Tageszeitungen lesen kann. Einige Pariser Blätter fühlen sich darüber hinaus verpflichtet, Deutschland „im Interesse der Wiederherstellung des deutschen Kredits“ den Rat zu erteilen, Europa doch die Gewißheit zu geben, daß Deutschland den Wunsch hat und in der Lage ist, seine Verpflichtungen einzuhalten.

Das ist freilich etwas viel verlangt, fehlt es uns doch selbst an der Gewißheit, daß Deutschland die Verpflichtungen, die man ihm aufgezogen hat, erfüllen kann. Mit der Verteidigung der Verträge mag es sich verhalten, wie es will, selbst freiwillig vereinbarte Abkommen müssen zuweilen der Entwicklung angepaßt werden, um so mehr gilt dieses Gesetz der Billigkeit bei „Verträgen“, deren Abschluß im Schlagschatten der Gewalt erfolgt ist.

Die „Wiederherstellung des deutschen Kredits“ bedingt gewiß eigene Anstrengungen des deutschen Volkes, aber die Wiederherstellung des europäischen Kredits erfordert zugleich auch von den übrigen Mächten Zugeständnisse an Vernunft, oder, wie es heute ein Engländer den Franzosen nahelegt, Ueberlegungen des Inhalts, ob nicht die spigsten Ecken des Versailler Vertrags beseitigt werden und Bismarcks Beispiel befolgt werden kann, das darin zu erblicken sei, daß Deutschland nach 1870 Anstrengungen gemacht habe, um den Franzosen die Selbstachtung wiederzugeben! Wie allgemein bereits die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Neuordnung der Tribute und der Kriegsschulden ist, zeigen übrigens Gerüchte, die englische Zeitungen aus Washington wiedergegeben und nach denen Schatzsekretär Mellon und George Harrison von der New Yorker Federal Reserve Bank den Plan eines Zahlungsausschubs für Kriegsschulden erörtern.

Als Endergebnis unserer Betrachtung möchten wir jedenfalls das hinstellen, daß der neue deutsche Reichstag Opfer für die Ordnung bringen will, daß er aber — in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit seiner Wähler — auch von den fremden Mächten Opfer verlangt, weil das deutsche Volk nicht nur zahlen, sondern auch in Wäde frei werden will!

Einberufung des Reichstages beantragt.

Die Reichstagsfraktion Deutsches Landvolk erhob Einspruch gegen die Vertagung des Reichstages und beantragte beim Reichspräsidenten die sofortige Wiederberufung des Reichstages. Gleichzeitig wurde beschlossen, in persönlicher Aussprache des Vorstands der Fraktion mit dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten diesen Schritt zu begründen.

Rechtsrud

auch in Norwegen.

Oslo, 21. Oktober. Nach den bis jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der norwegischen Storting-Wahlen haben die bürgerlichen Parteien etwa 25 v. H. Stimmen gewonnen, während die Arbeiterpartei, entstanden durch Verschmelzung der Kommunisten und Sozialdemokraten, im großen und ganzen unverändert die gleiche Stimmengahl aufweist, wie bei der letzten Parlamentswahl. Obwohl sich dieses Ergebnis nur auf eine Reihe von Landgemeinden bezieht, und die Ziffern aus den größeren Städten erst am Dienstag vorliegen werden, rechnet man doch bestimmt damit, daß die Rechtsparteien einen erheblichen Stimmenzuwachs erhalten und die Arbeiterpartei die absolute Mehrheit nicht erringen wird.

genössisches Wirtschaftsdepartement 1928) Die Fälle lasen sich aus der Volkswirtschaftsgeschichte beliebig vermehren. Uns bedrückt die Reparationsnot? Sollte es uns nicht möglich sein, in der vorgeschlagenen würdigen Weise die Not zu bannen? S. Wags, Kiel.

Eine erfreuliche Zahl.

Der Absatz von Trinkbranntwein um 40 Prozent gefallen.

Berlin 21. Oktober. Im letzten Quartal des Geschäftsjahres 1929/30 ist der Trinkbranntweinabsatz der Monopolverwaltung von 856 000 Hektoliter in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 495 000 Hektoliter gefallen. Das bedeutet einen Rückgang um 40 Prozent.

Ostpreussischer Landvolkprozeß.

Hauptverhandlung wegen der Ausschreitungen bei Zwangsversteigerungen.

Königsberg, 21. Oktober. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Raabe eröffnete das erweiterte Schöffengericht Königsberg die Hauptverhandlungen wegen der Ausschreitungen bei Zwangsversteigerungen ostpreussischer Güter. Die Zahl der Angeklagten — die Anklageschrift richtet sich ausschließlich gegen Landwirte bzw. Rittergutsbesitzer — beträgt acht, Zugen sind etwa 75 geladen.

Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Stedel. Ueber die Vorgeschichte des Prozesses macht die Anklageschrift folgende Angaben: Im Frühjahr 1930 fekte seitens der Bauernbewegung „Schwarze Fahne“ eine ansehnend organisierte gewalttätige Verhinderung von Zwangsversteigerungen ein. Als am 30. April 1930 in Ragnit zwei Güter zwangsversteigert werden sollten, waren mehr als 100 Weisger erschienen, die in den Gerichtssaal eindrangen, das Gericht beschimpften, die Anwesenden bedrohten und die Amtshandlung des Gerichts störten. Am 24. Mai wiederholten sich diese Vorgänge in Jüterburg. Im Juni und Juli kam es wie in Ragnit zu solchen Ausfällen. In Pilskaßen führten am 23. Juni Landvolksmitglieder aus den Kreisen Niederung, Gumbinnen, Goldap und Treuburg auf Lastautos mobilien zu dem Termin. Es kam zum Handgemenge, der Tisch eines Anwalts wurde umgeworfen, der Anwalt selbst mit Tinte bespritzt und Viehente wurden tätlich angegriffen. Bei einer weiteren Zwangsversteigerung in Pilskaßen wurden Polizeibeamte mißhandelt und ihrer Seitengewehre beraubt. In Labiau mußte das Gericht in ein anderes Zimmer flüchten, da die Erschienenen Miene machten, handgreiflich zu werden.

Die Gerichtsverhandlung, zu der sich 20 Pressevertreter und zahlreiche Zuhörer eingefunden hatten, begann mit einem Zwischenfall. Rechtsanwalt Klutke-Stallpöten beantragte unter Hinweis auf das Fehlen seines Mitverteidigers Ludwigbrunne Aussetzung der Verhandlung und legte, als dieser Antrag abgelehnt wurde, sein Mandat nieder.

Als erster Angeklagter wurde Gutbesitzer von Platen-Rathborn vernommen. Er erklärte, von Schlägereien und tätlichen Angriffen bei Zwangsversteigerungen sei ihm nichts bekannt. Wenn sich mehrere hundert Bauern bei diesen Terminen eingefunden hätten, sei das geschehen, um dem Schuldner einen Rückhalt zu geben. Rittergutsbesitzer von Weitz in Groß-Platen erklärte im Namen der Männer, die die Bauernbewegung geführt haben, Erzeffe, wie sie zur Anklage stünden, seien von ihnen nicht gewollt worden.

Der zweite Angeklagte war Gutbesitzer von Platen-Rathborn. Er erklärte, von Schlägereien und tätlichen Angriffen bei Zwangsversteigerungen sei ihm nichts bekannt. Wenn sich mehrere hundert Bauern bei diesen Terminen eingefunden hätten, sei das geschehen, um dem Schuldner einen Rückhalt zu geben. Rittergutsbesitzer von Weitz in Groß-Platen erklärte im Namen der Männer, die die Bauernbewegung geführt haben, Erzeffe, wie sie zur Anklage stünden, seien von ihnen nicht gewollt worden.

Der dritte Angeklagte war Gutbesitzer von Platen-Rathborn. Er erklärte, von Schlägereien und tätlichen Angriffen bei Zwangsversteigerungen sei ihm nichts bekannt. Wenn sich mehrere hundert Bauern bei diesen Terminen eingefunden hätten, sei das geschehen, um dem Schuldner einen Rückhalt zu geben. Rittergutsbesitzer von Weitz in Groß-Platen erklärte im Namen der Männer, die die Bauernbewegung geführt haben, Erzeffe, wie sie zur Anklage stünden, seien von ihnen nicht gewollt worden.

Der vierte Angeklagte war Gutbesitzer von Platen-Rathborn. Er erklärte, von Schlägereien und tätlichen Angriffen bei Zwangsversteigerungen sei ihm nichts bekannt. Wenn sich mehrere hundert Bauern bei diesen Terminen eingefunden hätten, sei das geschehen, um dem Schuldner einen Rückhalt zu geben. Rittergutsbesitzer von Weitz in Groß-Platen erklärte im Namen der Männer, die die Bauernbewegung geführt haben, Erzeffe, wie sie zur Anklage stünden, seien von ihnen nicht gewollt worden.

